

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1844**

108 (17.4.1844)

## Erstes Abonnement.

Ein Abonnement besteht aus 125 Nummern und kostet 2 fl. 42 fr.; durch die Post bezogen für Baden 3 fl. 57 fr. Die Bestellungen sind für jedes folgende Abonnement zu erneuern.

# Landtags-Zeitung.

Man abonniert bei dem nächstgelegenen Postamt; in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 108 und 109.] Verhandlungen der II. Kammer der badischen Stände i. J. 1844. [17. April.]

Herausgegeben von den Abgeordneten

Wassermann, Baum, Bising, Gottschalk, v. Hstlein, Kuenzer, Mathy, Rindeschwender, Sander, Welcher, Weller und Anderen.

Redigirt von Karl Stein. — Druck von Malsch und Vogel.

### 50ste öffentliche Sitzung der 2. Kammer. (Fortsetzung.)

Welcher fährt fort:

Sollte ich dieß darthun und beweisen müssen, so könnte ich es jeden Augenblick thun. Ohne ausführlich zu seyn, glaube ich mich übrigens schon hier auf früheren Gründe und namentlich auf meine Motionen an frühere Landtagen, besonders in Beziehung auf die Behandlung der Bundesangelegenheiten berufen zu können. Ich sehe da eine stets wachsende Vereinbarung mit fremden Regierungen, die gegen die Interessen des Landes, und die in unserer Verfassung verbürgten Freiheiten, ja selbst gegen jene Rechte gerichtet ist, welche die deutschen Fürsten einstimmig den deutschen Völkern zugesagt haben und die in dem Bundesvertrag niedergelegt sind. Noch sind die Ausnahmsgesetze in Kraft, welche die Freiheit in der mannigfaltigsten Weise unterdrücken, und noch sind die Bitten nicht erfüllt, daß jene Ausnahmsregeln endlich ein Mal zurückgenommen werden möchten, und während man auf diese Weise in auswärtigem, angeblich allgemeinem deutschem Bundesinteresse in das Innere unserer Verhältnisse eingreift, müssen wir schmerzlich erfahren, daß wenn wir auch noch so bescheiden das Wort erheben wollen, um unsere Rechte gegen solche Verletzungen zu wahren, uns dieses Wort genommen, der Druck unserer Verhandlungen hierüber untersagt und überhaupt verboten werden will, darüber zu sprechen. Es giebt keinen Theil unserer Rechtsverhältnisse, seien es finanzielle oder Justizverhältnisse, seien es landständische Rechte oder Rechte über Volksversammlungen — keinen Theil, der nicht durch die auswärtige Einwirkung betrübend berührt wird. Gleichwohl will man uns das Wort nehmen, wenn wir über diese auswärtigen Einflüsse und die möglichen Nachtheile und Folgen uns äußern wollen.

Da es auf diesem Landtage leider noch vielfache Gelegenheit geben wird, wichtige specielle Punkte zur Sprache zu bringen und in Beziehung auf diese die Landesinteressen

zu wahren, so will ich für heute nicht in das Einzelne eingehen; sondern nur Einen Punkt berühren, den ich die Regierung in's Auge zu fassen bitte. Wenn die Regierung in dem System, wie es bis jetzt in Deutschland stattfindet, fortfährt, in dem System mit den auswärtigen Regierungen geheim und nicht geheim sich in Verbindung zu setzen und in Beziehung auf unsere inneren Verhältnisse Beschlüsse zu fassen, und wenn dadurch die freie Entwicklung in unserem Lande gestört wird, dann wird ein zweifacher großer Nachtheil geschaffen, der nicht ein Mal unmittelbar die Freiheit trifft, der aber vielleicht für die Regierung ein um so unmittelbarer Gegenstand ihrer Fürsorge und Pflicht seyn sollte. Ein Mal wird der Grundstein unserer Verfassung, nämlich die Souveränität und Selbstständigkeit des Landes gefährdet. Ich weiß freilich, daß eine ganz bodenlose Interpretation aus Anlaß der Grundverträge des Bundes so räsonnirt hat: Es sind souveräne Fürsten, die den Bund geschlossen haben und es muß also von Außen her die innere Souveränität, ich sage die innere Souveränität der Fürsten geschützt werden. Wer aber die Bundesakte nur ausschlagen mag, findet, daß es gleich vorn an der Spitze heißt, der Zweck des ganzen Vereins bestehe darin, die Selbstständigkeit der Staaten zu erhalten, und darunter ist auch die des badischen Staats begriffen. Wer ferner die Bundesverhandlungen kennt und die Zweckbestimmungen des Bundes in's Auge faßt, sieht, daß dort von einer Souveränität in dem Sinn gesprochen wird, daß die Staaten selbstständig seyn sollen, und ein selbstständiger Staat hat natürlich einen souveränen selbstständigen Fürsten. Diese Souveränität hat man zum Theil vergessen, während man fälschlich eine Verteidigung des absoluten Fürstenrechts nach Innen, oder das sogenannte monarchische Prinzip hineinbrachte. Monarchisches Prinzip wollen auch wir, allein, so wie es angewendet wird, ist es ein vages und grenzenloses Ding, das über alle Schranken des monarchischen Rechts hinaus geht. Die Selbststän-

digkeit unseres Staats und die Selbstständigkeit unser Fürsten muß ein hoher und wichtiger Punkt für unsere Regierung sein. Hätten wir eine wahre Bundesstaatsverfassung, wie man sie früher zum Theil im Auge hatte, mit einer Nationalrepräsentation und träte das Gewicht der Nation in die Mitte, dann könnten durch diese Bundesverfassung die Regierungsrechte und die innern Verhältnisse der einzelnen Staaten betroffen werden, denn alsdann hätten die einzelnen Regierungen und Fürsten in der Kraft ihrer eigenen Volksstämme einen Schutz und Damm. Wo aber ohne dieses kleine Fürsten mit großen unterhandeln, da ist es natürlich, daß wenn die Selbstständigkeit nicht gewahrt wird, die kleinen Fürsten leiden und gefährdet werden und namentlich in den Stunden der Gefahr sehr gefährdet werden können.

Sodann erlaube ich mir aber auch noch einen andern Gesichtspunkt heraus zu heben, der in Verbindung mit demjenigen, was ich bereits sagte, mir von großer Bedeutung zu sein scheint. Wenn durch gemeinsame Maßregeln, ich meine jene Ausnahmsmaßregeln, wovon Eine, namentlich jene in Beziehung auf die Presse, bei der Verhandlung über die Motion des Abg. Nathy näher besprochen werden wird, die innere freie Entwicklung in den sämtlichen deutschen Staaten beschränkt wird, so vergesse man nicht, daß das natürliche Gefühl und Urtheil des Volkes die sämtlichen Regierungen solidarisch verantwortlich macht für das Unrecht, was in anderen deutschen Staaten geschieht und zwar auch die unsrige, weil auch sie zu diesen beschränkenden Maßregeln mitstimmte. Ich bin nicht so ungerecht, um, wenn ich gegenüber von verschiedenen deutschen Staaten Vergleichen anstellen will, in Beziehung auf unsere innere Verwaltung, vorzugsweise einen Tadel auszusprechen. Rein! ich sage vielmehr, daß ich in keinem andern deutschen Staate leben will, als in Baden, denn wenn auch bei uns Manches nicht gut ist, so ist es doch in vielen Beziehungen besser, als in mehreren anderen deutschen Staaten. In meinem Herzen bin ich an Baden geknüpft und ich anerkenne vor Allem eine humane Richtung in der Politik unseres Staates. Das wird aber Alles nicht helfen. Wenn Baden im Bunde mitwirkt, daß in anderen deutschen Staaten die Freiheit beschränkt wird, wie bei uns, so wird man es für skandalöse Prozesse, für Grausamkeiten, Härten und Inhumanitäten, die da und dort vorgehen, verantwortlich machen, indem man eben sagen wird: Alles dieß kommt von dem Rathe der Fürsten und ihrer Gesandten. Davor muß man sich aber hüten.

Ich kann Sie versichern, daß ich zum Theil auf meinen

Reisen Gelegenheit hatte, und auch hier durch reisende Fremde aus Norden und Süden, aus Osten und Westen von Deutschland die Stimmung kennen zu lernen — und ich würde ein Verräther an Fürst und Vaterland seyn, wenn ich nicht die Wahrheit ausspräche, die Wahrheit daß ich in den Gemüthern und Ansichten der Menschen den Glauben an das monarchische Princip immer tiefer erschüttert finde. Ich bin von Herzen und Gesinnung ein Freund der monarchischen Regierung, wenn sie ein wahrhafter Freund der Freiheit ist. Man wird aber fast ausgelacht, wenn man solche Grundsätze und den Glauben an die Monarchie, an öffentliche Treue, wenn man Pietät ernstlich ausspricht. Es ist weiter gekommen, als die Herren auf der Ministerbank vielleicht glauben, und darum ist es von hoher Wichtigkeit, daß der Minister des Auswärtigen die Souveränität des Fürsten und des Landes und seine Freiheit männlich und kräftig vertheidige und dadurch die Verantwortlichkeit für dasjenige abwende, was anderwärts geschieht. Bedenkliche Zeiten können kommen und nicht einen Tag oder eine Nacht sind wir sicher, daß nicht große Krisen sich entwickeln, wo der Mangel an Glaube, an Treue und Recht sehr gefährlich werden kann. Daß aber Mangel an Treue und Recht in Deutschland besteht, wird Niemand bestreiten wollen, und daß dieser Glaube sich immer tiefer verbreitet, je mehr die Unterdrückungsmaßregeln die öffentliche Stimme unterdrücken, davon bin ich fest überzeugt. Ich wiederhole deshalb meinen Wunsch, man möge einen wahrhaft konstitutionellen und freigesinnten Gang in der Politik der auswärtigen Angelegenheiten einschlagen, und die Verfassung, so wie die Selbstständigkeit unseres Landes zu seinem und des Fürsten Wohl wahren.

Auf das Verlangen des Finanzministers wird auf die spezielle Diskussion über das Budget des Staatsministeriums übergegangen und dem Abg. Bassermann, welcher sich in Bezug auf das Ministerium des Auswärtigen zum Wort gemeldet hatte, dasselbe bis dahin vorbehalten. I. Aufwand für das Gr. Staatsministerium.

Das vorliegende Budget enthält:

Tit. I. Großherzogliches Haus.

	1844.	1845.
1. Civilliste . . . . .	650,000 fl.	650,000 fl.
	(Unverändert.)	
2. Wittthumsgehälte . . . . .	120,000 „	120,000 „
	(Unverändert.)	
3. Appanagen der Gr. Prinzen und Prinzessinen, mit Einschluß der Uebertrag . . . . .	770,000 fl.	770,000 fl.

	1844.	1845.
Uebertrag . . . . .	770,000 fl.	770,000 fl.
Appanage S. H. des Erbgroßherzogs . . . . .	107,000 "	107,000 "
Wegen der unterm 23. Febr. 1843 stattgefundenen Vermählung der Prinzessin Marie, Hoheit — aus der Ehe des höchstseligen Großherzogs Karl — erscheint der gegenwärtige Budgetsag gegen jenen von 1843 um 10,000 fl. niedriger.		

Summa 877,000 fl. 877,000 fl.

Tit. II. Landstände.

1. Besoldungen . . . . .	2,400 fl.	2,400 fl.
2. Gehalte . . . . .	190 "	190 "
3. Aufwand wegen jährlicher Versammlung des Ausschusses . . . . .	800 "	800 "
Der Budgetsag war bisher nur 630 fl., und die Erhöhung auf die Rundsumme von 800 fl. wird nach den Regierungserläuterungen durch den Umstand motivirt, daß nunmehr auch die Eisenbahnschuldentilgungskasse und die Grundstockrechnung durch den Ausschuß geprüft wird.		
4. Wegen des Landtags . . . . .	50,000 "	50,000 "
Summa . . . . .	<u>53,390 fl.</u>	<u>53,390 fl.</u>

Tit. III. Großh. Geheimen Cabinet.

1. Besoldungen . . . . .	5,800 fl.	5,800 fl.
2. Gehalte. Wirklicher Aufwand, wie bisher . . . . .	550 "	550 "
3. Bureaukosten . . . . .	650 "	650 "
4. Für Orden . . . . .	1,600 "	1,600 "
Summa . . . . .	<u>8,600 fl.</u>	<u>8,600 fl.</u>

Tit. IV. Großh. Staatsministerium.

1. Besoldungen . . . . .	8,800 fl.	8,800 fl.
2. Gehalte . . . . .	1,100 "	1,100 "
3. Bureaukosten . . . . .	600 "	600 "
Summa . . . . .	<u>10,500 fl.</u>	<u>10,500 fl.</u>

Tit. V. Verschiedene und zufällige Ausgaben . . . . . 5,000 fl. 5,000 fl.  
Der Antrag der Commission geht dahin: unter

„I. Staatsministerium.“  
die Gesamtsommen von Tit. I. bis V.  
1844. 1845.  
mit . . . . . 954,490 fl. 954,490 fl.  
in das Budget aufzunehmen.

Die Kammer tritt dem Antrag ohne weitere Erinnerung bei.

II. Ministerium des Gr. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Bassermann freut sich des Anlasses, statt bloß bairische, auch einmal allgemeine deutsche Angelegenheiten in den Kreis seiner Betrachtungen zu ziehen. Daß die Bürger der einzelnen Staaten über ihren besonderen Interessen die großen allgemeinen nicht vergessen, hält er besonders in jetziger Zeit für wünschenswerth, in welcher man „Deutschlands Einheit“ zum Wahlspruch erkoren habe. Er prüft in ausführlicher Rede die vorhandenen Elemente der Einheit und zieht dann den Schluß, daß nur ein deutsches Parlament die Verschiedenheit der einzelnen Interessen besiegen und die Einheit Deutschlands auf die Dauer befestigen könne. — Dem Vortrag folgte allgemeiner Beifall.

Staatsminister v. Dusch. Es gibt keine Zeit und keinen menschlichen Zustand, worüber man sich nicht in Klagen ergießen kann, sobald man es verschmäht, das vorhandene Gute zu würdigen. Es gibt keine Handlung, besonders keine politische, die nicht von einem einseitigen, beschränkten Standpunkte aus, ohne genaue Kenntniß und Uebersicht aller Verhältnisse beurtheilt, mannigfachem Tadel unterliegt. Die ewige Unzufriedenheit des Menschen ist die größte Feindin seines Glücks. Sie läßt ihn gering schätzen, was er besitzt, und das Glück in demjenigen suchen, was ihm ferne liegt. Diese Wahrheit hat sich mir durch die Reden, die ich vernommen, recht lebhaft vergegenwärtigt. Uebrigens wird Niemand in diesem Saale sein, der erwartete, daß ich auf die vielen vorgebrachten Bedenken und Ausstellungen ausführlich oder auch nur kurz antworte. Wäre hier auch der Ort dazu, solche Gegenstände zu verhandeln, so würden uns doch alle Materialien dazu fehlen, um auch nur annähernd eine wohlbegründete Ansicht uns zu bilden. Wenn die Mitglieder bedacht hätten, wie viele streitenden Ansichten und Interessen, wie viele festgewurzelten Verhältnisse in der Welt bestehen, wie viele Konflikte geistiger und physischer Kräfte bei der Lösung jeder einzelnen politischen Frage zusammenwirken, so würden sie wohl in ihrem Urtheil be-

dachtsamer, bescheidener und billiger gewesen sein. Sehen wir vollends nach der praktischen Seite, nach den Resultaten der Politik unserer Zeit im Ganzen, so haben wir alle Ursache, die größte Zufriedenheit damit zu bezeigen und uns dessen, was wir haben, zu erfreuen. Und in der That, meine Herren, noch nie, so weit die Geschichte reicht, hat wohl ein so großer Theil der civilisirten Welt eine so lange ununterbrochene Reihe von Jahren hindurch den glücklichen Frieden genossen, nicht eine träge unfruchtbare Ruhe, sondern einen Frieden, womit in rascher Bewegung alle geistigen und materiellen Fortschritte, die das Wohl der Völker bedingen, verbunden waren. Zu den Ländern, die sich dieses Glückes in wachsendem Maße erfreuen, gehört besonders Deutschland und namentlich unser engeres badisches Vaterland. Die Erhaltung der naturgemäßen Entwicklung und die Verbreitung dieses glücklichen Zustandes ist das Ziel der Bestrebungen der Regierung. Sie wird auch dieses Ziel bei den deutschen Bundesangelegenheiten nach ihrer Stellung, ihrem Recht und nach Beurtheilung dessen, was die Verhältnisse nur immer möglich machen, im Auge haben. Ein ungeduldiges Vorgehen und Ueberstürzen würde, weit entfernt, jenes Ziel zu erreichen, vielmehr der Erreichung desselben entgegen stehen. Der Staatsmann ist nicht in der glücklichen Lage sich phantastischen Träumen über rasche Vervollkommnung der Welt, über schnelle Herbeiführung eines allgemeinen Volkswohls hinzugeben. Er darf von dem festen Boden des Positiven nicht abweichen, sondern muß Schritt vor Schritt, je treuer seinem Zweck, um so mehr mit Umsicht alle Verhältnisse und Umstände berücksichtigen. Er muß — lassen Sie mich das Bild gebrauchen — dem Schiffer gleichen, der jeden Augenblick nach dem Chronometer und der Magnetnadel sieht, der das Senfblei und das Loth befragt. Er darf nicht bloß die Gestirne, sondern muß auch die Wolken zu Rath ziehen, wenn er sein Ziel glücklich erreichen will. — Lassen Sie mich endlich die schmerzlichen Empfindungen berühren, die es weckt, wenn so Mancher den deutschen politischen Zustand als einen herabgewürdigten, oder als einen solchen darstellt, dem das Ausland die Achtung versagt. Nein! Deutschland fehlt es an der ihm gebührenden Achtung nicht; sie wächst mit jedem Tage, je mehr das Ausland von der geräuschlosen Einwirkung des deutschen Geistes auf den Zustand von Europa fühlt und sie erkennen lernt. Längst ist kein Feld der Ehre und des Ruhmes mehr, wo nicht die Deutschen auch ihre Vorbeeren errungen hätten. Doch es ist jeder Nation von der Vorsehung ihre eigenthümliche Stelle zugewiesen und keine paßt zugleich für die andere. Beschweren wir uns nicht darüber — daß uns

vielleicht das Schönste geworden ist, durch den Geist gründlicher Wissenschaft und ächter Humanität, durch politische Mäßigkeit und Gerechtigkeit, durch Alles, was dem deutschen Charakter eigenthümlich ist, auf die Versöhnung und Ausgleichung der politischen Welt und die Erhaltung des europäischen Friedens zu wirken. Leicht ist es, das feste Wort hinauszuschleudern und den Streit zu entzünden aber wohlthätiger ist es, wenn gleich schwerer, sich selbst zu beschränken, zu mäßigen und eine Beschwichtigung des Streites herbeizuführen. Ein Tag Friede ist für das Wohl der Völker mehr und auch für die geistigen und edleren Fortschritte der Menschheit mehr, als Jahre glänzender Kriege. Nur einen schwarzen Flecken kenne ich, der schon oft den Glanz des deutschen Namens verdunkelt hat und künftig verdunkeln könnte, nämlich den Flecken der Zwietracht. Wir Alle können dazu beitragen, ihn für die Zukunft in Deutschland auszulöschen. Nicht Einheit, sondern Eintracht wird uns stark machen.

Jung h a n n s. Der Abg. Welcker hat die Maßregeln der Regierung in Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse angegriffen. Ich weiß, daß er immer nur sagt, was seine Ueberzeugung ist und ich ehre ihn darum. Ich kann aber diese seine Ueberzeugung nicht theilen. Er sprach von der gefährdeten Selbstständigkeit unseres Staates. Aber die Selbstständigkeit von Baden beruht nur auf dem engen Anschluß an den Bund, und daß dieser Anschluß erfolgte und Baden seinen Bundespflichten treue Genüge geleistet hat, das ist seine Stärke und darin liegt seine Macht. Diese Selbstständigkeit wird nach meiner Ansicht dadurch nicht befördert, daß wir Wünsche hier aussprechen, die in das Reich der Träume gehören und ohne einen Umsturz der Dinge nie ihre Verwirklichung finden können. Der Herr Abgeordnete hat in Beziehung auf die Handlungen des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten der Bundesbeschlüsse von 1832 erwähnt. Diese Beschlüsse wurden aber in einer Zeit der Noth erlassen und ihre Abänderung liegt nicht in dem Bereich der Macht des badischen Ministeriums, und es kann deshalb auch diesem kein Vorwurf darüber gemacht werden, daß jene Beschlüsse noch nicht abgeändert wurden. Der Herr Abgeordnete hat endlich noch einen schweren Vorwurf auf dieses Ministerium geworfen, indem er behauptete, es habe dasselbe in den Verträgen mit dem Auslande die Rechte des Landes nicht gewahrt, sondern im Gegentheil diese zum Vortheil des Auslandes hintangesetzt. Einen Beweis aber, daß dieß je und in irgend einem Vertrage, der seit langen Jahren mit dem Auslande abgeschlossen wurde, geschehen sei, habe ich nicht gehört.

Wenn wir Verträge über die Raheile und über die Jurisdiction abschlossen, so haben wir immer dieselben Vortheile von dem Auslande erhalten, die wir ihm bei uns eingeräumt haben. Wenn er sodann noch insbesondere eines Vertrags erwähnte, der in Betreff der Eisenbahn von Frankfurt nach Heidelberg geschlossen wurde, so muß er auch bedenken, daß ein Theil der deßfalls niedergesetzten Commission jenen Vertrag als vortheilhaft für die Interessen des Landes dargestellt hat und die Abstimmung der Kammer wird zeigen, ob die Mehrheit ihn nicht auch als vortheilhaft erkennt. Es ist somit der Vorwurf, das Ministerium habe die Rechte des Landes verletzt, es habe einen Verrath an dem Lande begangen, indem es dem Auslande Vortheile eingeräumt, die wir nicht in gleichem Maße genießen, ein sehr harter und ungegründeter, den wohl die Kammer und das Land nicht theilen wird.

Sander. Ich gehöre nicht zu Denjenigen, die, wie der Herr Minister des Auswärtigen, glauben, daß der Deutsche sich begnügen solle mit dem Ruhm der Gelehrsamkeit und der Wissenschaft, sondern zu Denjenigen, die von dem Deutschen mehr verlangen und zwar das verlangen, was er früher war, nämlich Schiedsrichter der Welt. Wenn der Herr Minister des Auswärtigen wirklich glaubt, daß man sich in Deutschland mit der Wissenschaft und dem Geiste begnügen solle, so sage ich: gebt ihm Raum! Wie steht es aber um den deutschen Preßzustand? Ist es dem wissenschaftlichen Deutschen erlaubt, seine Meinung auszubreiten und dem deutschen Geist, seine Ansichten zu entwickeln? Nicht im Mindesten und das ist ja gerade die Klage, daß man den Deutschen in demjenigen, was wenigstens für viele das Wichtigste ist, nämlich in der Entwicklung des Geistes und der Ansichten hindert und beschränkt. Seit ich Mitglied der Kammer bin, habe ich bei Gelegenheit der Berathung des Budgets über die Bundeskosten meine Ansichten, Wünsche und Beschwerden über den Zustand von Deutschland geltend gemacht. Ich würde dieß auch heute gethan und mich demjenigen angeschlossen haben, was die Abg. Welcker und Bassermann vorbrachten. Nachdem aber vorhin ein Bericht erstattet worden ist, über die Frage, ob es uns überhaupt erlaubt sei, in diesem Saale den deutschen Bund zur Sprache zu bringen und der Hr. Minister in einer Zwischenbemerkung gegen den Abg. Bassermann behauptete, daß uns nicht zustehe, Wünsche und Bemerkungen in Beziehung auf diesen Zustand und eine etwaige andere Organisation vorzubringen, und nachdem er später in seiner Rede angeführt hat, es sei zweifelhaft, ob man überhaupt von solchen Gegenständen

nur reden könne, so wird es Zeit seyn, bei der Diskussion über jenen Bericht, nachzuweisen, daß wir dieses Recht haben, aber auch Zeit und wahrlich genug Gelegenheit vorhanden seyn, nachzuweisen, daß wir die Pflicht haben, darüber zu reden, und zwar über den Zustand von Deutschland darum zu reden, weil er nicht ist, wie er seyn kann und ich setze hinzu, wie er, nach einem 25jährigen Frieden seyn sollte; denn Deutschland hat durch eine 25jährige Ruhe bewiesen, daß es mehr verdiene, als den fortwährenden Druck der Ausnahmsmaßregeln, die noch auf ihm lasten. Ich verspare deßhalb meine Bemerkungen über den Zustand von Deutschland auf jene Diskussion, wo ich mir erlauben werde meine Ansichten nicht nur mit Wünschen, sondern vielleicht auch mit Anträgen vereint hier vorzubringen.

Welcker. Der vorliegende Gegenstand ist von so großer Wichtigkeit, daß ich dasjenige, was ich gegen die Bemerkungen des Herrn Ministers des Auswärtigen sagen zu müssen glaube, nicht verschweigen darf. Was ich sage, wird in der nöthigen Form gehalten sein und ich werde mich hiebei kurz fassen können. Ich glaube, daß das Bild, welches der Herr Minister von unserm Zustand gegeben hat, dem Bilde wie ich und der Abg. Bassermann es gegeben, so entgegengesetzt ist und die Aeußerung des Hrn. Ministers in Beziehung auf unsere Vorstellungen und Ansichten, die er phantastisch und unbescheiden nannte, nicht bloß ein Tadel sind, den wir um unfertwillen abwenden müssen, sondern es würde nach meiner Ueberzeugung im Allgemeinen sehr schädlich und verderblich sein, wenn eine solche Ansicht, von Seiten des Ministertisches ausgesprochen, ohne Antwort bliebe.

Der Hr. Minister hat mit dem Lobe der Zufriedenheit und mit dem Wunsche begonnen, daß die Menschen bescheidener und mit ihrem Zustande zufrieden seyn und nichts Anderes verlangen sollten, als sie haben. Das ist ein sehr schöner Satz und ich erkenne ihm seine volle Geltung zu, nur in einem andern Gebiete, als in einem Ständesaal. Ich meine, daß wenn der Glaubenslehrer oder der Moralist zu dem Menschen spricht, er allerdings so reden kann, und wenn er zu dem Menschen in Beziehung auf seine eigene Zufriedenheit und dasjenige, was ihm als Loos von dem Himmel fiel, spricht, so ist dies ganz Recht. Wenn man aber die heilige Pflicht hat, für das Vaterland und dessen Interessen in die Schranken zu treten, für Andere zu kämpfen, zu sorgen und zu wahren, dann soll man sich durch eine solche Zufriedenheit nicht einschläfern lassen. Einer der größten Staatsmänner des vorigen Jahrhunderts, Montesquieu, hat gesagt: diese wohlthätige Unzufriedenheit hoffe ich zu begründen, die zu Abwendung des Verkehrten dient. —

Bergegenwärtigen Sie sich einen Augenblick die Juliordonnanzen. Was waren sie im Wesentlichen anderes, als die Karlsbader Beschlüsse?...

**Jungmanns.** Bei uns war die Pressfreiheit nicht verfassungsmäßig garantirt.

**Welcker.** Die Pressfreiheit war so verfassungsmäßig garantirt, als irgend etwas von der Welt. — Wenn die in unsere Bundesakte und selbst in unsere Verfassung aufgenommene Pressfreiheit nicht ein verfassungsmäßig zugesichertes Recht ist so fest, wie die in der octroyirten Charte von Frankreich gegebenen Verfassungsrechte, dann weiß ich nicht mehr, was bei uns verbürgt seyn solle.

Der Herr Minister hat uns an die streitenden Ansichten, Interessen und Gegensätze und an die Gefahren erinnert, welche aus solchen Collisionen hervorgehen, und am Ende den Satz ausgesprochen, daß man für die Eintracht in Deutschland sorgen müsse. Ich huldige vollkommen dieser Ansicht; je mehr aber in Deutschland unter 38 Regierungen, je mehr, in Folge unserer ganzen Verhältnisse, Interessen sich bilden, mit einander collidiren und streiten, je dringender für uns das Bedürfniß der Eintracht ist, um so mehr müssen wir auch das Einzige, was wirklich Eintracht erhalten kann, und was für dieselbe ganz absolut nothwendig ist, in's Auge fassen.

In diesem Sinne habe ich den Wunsch ausgesprochen, daß die ganz urkundlich garantirten Rechte uns werden, und nicht durch eine fast bis in das Phantastische getriebene Dauer von Ausnahmsgesetzen, die nur wegen augenblicklichen Gefahren und nicht auf die Länge hin gegeben wurden, die deutsche Nation fort und fort beeinträchtigt werde. Alsdann erst wird Eintracht möglich seyn. Der Hr. Minister hat uns an eine große Wohlthat unseres Zustandes erinnert, und ich gebe ihm hierin auch Recht. Wir genießen seit dem Jahr 1815, also beinahe 30 Jahre lang, eines ungestörten Friedens, und der Friede ist eine große Wohlthat. In diesem Frieden hat sich viel Schönes entwickelt. Erkennen wir dieß dankbar an. Ich selbst habe auch keineswegs für den Krieg, sondern für Abwendung des Kriegs gesprochen. Denn, wenn der Hr. Minister uns mit seiner Bemerkung sagen wollte, wir dürften auch nicht an Treue und Recht, nicht an das Festhalten der Verfassung, nicht an die Gewährung der versprochenen Güter, nicht an die Abschaffung der Ausnahmsgesetze erinnern, denn wir befinden uns ja in einem glücklichen Zustande, wie wir denn auch zum Theil in einem recht bequemen und behaglichen Genuß des Friedens leben, dann, sage ich, ist es bedenklich, die Worte des Hrn. Ministers so geradezu gelten zu lassen, denn sie enthalten eine sehr gefährliche

Lehre. Ich will ihn an einen Zustand erinnern, den er als geschichtskundig wohl kennt, wo der Friede auch herrschte und die Entwicklung des deutschen Geistes vortrefflicher und in verhältnißmäßig größerem Maße von Statten ging als jetzt. Wir hatten den siebenjährigen Krieg und nach demselben eine lange Ruhe. Deutschland blühte und hat sich herrlich entwickelt. Man fand überall Behaglichkeit; es war Geld und überhaupt Alles vorhanden, was auch jetzt da ist. — Die Göthe und Schiller entfalteten sich. — Allein von der französischen Revolution an kam Sturm auf Sturm; und nie hat eine Nation — sagen wir es mit Scham und Trauer, jedoch ohne Vorwurf gegen Einzelne — schmachvoller in der Weltgeschichte dargestanden als Deutschland, denn Schmachvolleres gibt es nichts, als wenn sich Brüder gegen Brüder durch den fremden Eroberer in den Kampf führen lassen. Lassen wir uns also nicht täuschen! Es kann nur Unglück kommen, wenn wir durch die Ruhe des Friedens, durch eine zu große Zufriedenheit uns einschläfern lassen und vergessen, was die Rechte und die Würde des Landes schützt. Gerade dieß hat man damals vergessen, und deshalb ist das Reich gesunken. Wenn wir es heute wieder vergessen, so wird der Bund und mit diesem viele von den 38 Staaten sinken, die ihn bilden. Hoffen wir also, ich wiederhole es, nicht zu sehr auf die Wohlthat des Friedens. Nach allem diesem kann ich in meiner Rede überall nichts Phantastisches erblicken.

Nun hat man aber vollends mir gegenüber von ungeduldigem Vorwärtsstreben gesprochen. — Ich soll nicht ungeduldig vorwärts streben! Ich, der da will, daß man nur nicht zu sehr rückwärts strebe, und daß endlich ein Mal das urkundliche Recht hergestellt werde! Ich bin auch fest überzeugt, daß Diejenigen, welche die Rede meines Freundes gehört haben, gleichfalls nicht von Phantasterei sprechen werden. Der Herr Minister hat uns ferner damit getröstet, daß Deutschland im Auslande geachtet und geehrt werde. Ich bedaure, daß ich hierin ganz außerordentlich verschiedener Ansicht sein muß. Daß derselbe Minister Peel in England, der mit beedter Zunge bei Gastmählern und im Parlament einem nordischen Autokraten Lob spendet, auch uns Lob und Preis zu Theil werden läßt, und daß alle Britten dieß thun, wenn wir in der Lage bleiben, worin sie uns wünschen, daß wir nämlich unsere Zoll- und Handelsinteressen nicht mit Kraft und Nachdruck verfolgen — ist wohl sehr begreiflich. Dagegen lese ich aber auch in französischen und englischen Blättern, daß wir das allerdemüthigste und sclavisch'ste Volk in Europa seien. Ich erinnere in dieser Beziehung den Herrn Minister an die

Berichte, welche die Times über den Zustand der Presse in Preußen enthalten haben, und dieses englische Blatt ist bekanntlich ein Toryblatt und sehr gemäßigtes Journal. Mit der Achtung im Ausland ist es nicht so weit her und kann auch nicht so weit her sein. Ein Volk, das seine Grenzen gefährden läßt, ein Volk von 38 Millionen, das früher die erste Rolle spielte, jetzt aber gleichsam nur noch in den diplomatischen Verhandlungen kaum so nebenbei genannt wird, das seine beiden Hauptströme nicht frei zu machen vermag und sich so viele andere Nachteile gefallen lassen muß, ein Volk, welches seine innere Freiheit nicht zu verteidigen weiß, kann auf die Dauer die Achtung der Anderen nicht besitzen. Man hat ferner unsere gründliche Wissenschaftlichkeit gerühmt. Man lobt allerdings auch Virgil und Horaz und das goldene Zeitalter der Römer. Lobt man aber auch den Zustand unter Tiber, wo diese glänzten. Nein! wenn man die großen Geister Roms preist, so preist man die vorangegangenen Zeiten der Freiheit, in welchen sich das höhere Leben entwickelte und wenn man den Geist der deutschen Wissenschaft preist, so preist man die Verhältnisse früherer, freier Zeiten. Es ist wahr, Deutschland hat auch in den Zeiten des alten Reichs nicht überall den vortheilhaftesten Zustand gezeigt. Wer wird aber die Zeiten des Reichs bis zum Jahr 1806 vertauschen mögen mit dem Zustand Frankreichs bis zu seiner Revolution und den Zustand Spaniens bis zu den dortigen Freiheitskriegen? Unser Zustand war viel freier. In ganzen großen Theilen von Deutschland hatte man keine Censur, wie denn namentlich in Holstein, Hessen und Mecklenburg keine solche bestand. Alle Universitäten waren censurfrei, und wo dachte man, wenn Prozesse bei dem deutschen Reichsgericht gegen die Fürsten geführt wurden, jemals daran, den Druck solcher Prozessakten und der Reichsgutachten zu verbieten? Die Bauern durften damals zusammen kommen, große Versammlungen veranstalten und ihre Beschwerden verhandeln, um solche an der Reichsgerichte zu bringen. Noch unter Karl Friedrich sind die Bürger zusammengetreten, haben sich über ihre Rechte berathen und konnten ihre Anliegen den Reichsgerichten vorbringen und das, was ihnen auf dem Herzen lag, drucken lassen. Das war eine Zeit verhältnißmäßig größerer Freiheit, als damals, England ausgenommen, bestand und als jetzt in Deutschland besteht. Auch der Lehrfreiheit waren damals keine Hindernisse in den Weg gelegt. Die Professoren wurden lediglich nach den Anträgen des Collegiums berufen und durften ungehindert lehren, eben so konnte jeder Doktor

als Dozent auftreten. Jetzt werden sie dagegen, wenn sie ein freies Wort sprechen, entlassen, oder es wird ihrer Berufung und ihrem Auftreten als Lehrer die Genehmigung nicht erteilt. Glaubt man etwa auf diese Weise Wissenschaft und gründliche Gelehrsamkeit erhalten oder befördern zu können? Gibt es wohl eine Wissenschaft ohne den Geist, ohne die höchste Idee der Zeit? Unsere Wissenschaft wird im Volk täglich geringer geachtet, wie sie es auch verdient, und der Nachfolger des Herrn Ministers des Auswärtigen wird in zwanzig Jahren den Zustand deutscher Wissenschaft nicht mehr preisen, wenn es so fort geht.

Dem Abg. Junghanns hätte ich Mehreres zu erwidern allein ich erkläre ihm nur einfach, daß Selbstständigkeit nicht in dem engen Anschließen besteht, sondern die Selbstständigkeit besteht eben in der Selbstständigkeit. Man kann sich allerdings unbeschadet derselben anschließen, allein es muß eben bei diesem Anschluß die Selbstständigkeit behauptet werden. Der Abg. Junghanns hat sodann auch gesagt, die Beschlüsse über die Pressfreiheit und die Universitäten, so wie die Ausnahmsmaßregeln überhaupt, sammt und sonders, habe Baden nicht gemacht; es könne sie also auch nicht aufheben. Baden hat sie aber leider allerdings mit gemacht; es hat mit in Karlsbad gefessen, es hat an dem Bundestag gefessen und der badische Gesandte, der unmittelbare Vorgänger des Hrn. Ministers des Auswärtigen war der erste, der eine deutsche Zeitschrift denunzirte, die dann unterdrückt wurde. Von einer Anerkennung und Achtung unserer Wünsche in Beziehung auf die unbillige Ausdehnung der fraglichen Ausnahmsmaßregeln habe ich noch Nichts vernommen. Sodann habe ich aber auch nicht gesagt, daß man das Vaterland an das Ausland verrathen habe. Einen solchen Ausdruck habe ich weder dem Sinne, noch den Worten nach gebraucht, sondern nur gesagt, die Rücksicht auf die auswärtigen Staaten habe unsere Politik zu sehr beherrscht, zugleich habe ich aber auch den Hauptgesichtspunkt angedeutet, der hier obwaltet, nämlich eine gewisse Ultrarichtung, in welcher sich die Aristokratie in Deutschland gegen die Volkfreiheit zu vereinigen sucht. Diese bedauerliche Erscheinung habe ich in den von der Kammer reclamirten Gesetzen gefunden. Sodann habe ich aber auch einen Holländervertrag, einen Rheinstroivertrag und vor allem die Verhältnisse in Beziehung auf den Bund im Auge gehabt, und da bleibe ich durchaus bei meiner Ansicht stehen, indem ich den Hrn. Minister nochmals bitte, sich dadurch nicht täuschen zu lassen, daß wir jetzt in Deutschland uns nicht ausdrücken oder höchstens nur in den Ständesälen sagen dürfen, wie es um unsere Gesinnungen und Gefühle und um unsere Zufrieden-



heit steht. Ich bitte die Hrn. Minister, von ihrer Seite den Thron damit nicht zu täuschen.

Finanzminister v. Böckh. Der Hr. Abg. Welcker spricht viel von Ausnahmsgesetzen. Es ist allerdings zu bedauern, daß sie existiren. Der Hr. Abgeordnete hat aber nicht von den Ereignissen gesprochen, welche dieselben herbeigeführt haben, von Ereignissen, die bis zu dem Frankfurter Attentat gehen.

v. Isstein. Das ist aber schon eine lange Zeit her.

Welcker. Der Hr. Finanzminister und der Hr. Minister des Auswärtigen müssen mir es danken, wenn ich nicht von diesen Veranlassungen gesprochen habe. Ich habe in einer Druckschrift, die ich dem Könige von Preußen und dem Bundestag überreichte, dargethan und urkundlich bewiesen, daß die sämmtlichen Karlsbader Ausnahmsgesetze auf einer großen Täuschung, auf einem gemachten Verschwörungslärm beruhten, wobei man die Criminalakten verfälschte. Ohne einen Widerspruch von irgend einer Seite erfahren zu haben, liegt diese Schrift seit 20 Jahren dem Publikum vor Augen. Kein Mensch ist in Folge aller jener großen Untersuchungen, auf welche man die Karlsbader Beschlüsse gründete, auch nur mit Gefängniß bestraft worden.

Staatsminister v. Dusch. Man kann viele Reden über dergleichen Gegenstände halten, allein bewiesen ist von dem Hrn. Abg. Welcker nichts worden. Derselbe hat übrigens auch der Wohlthaten des Friedens gedacht, und daran hat er wohl gethan, allein wenn alle Reden, die wir heute hörten, in Erfüllung gehen könnten, so bin ich überzeugt, daß dieser Friede nicht mehr lange bestehen würde.

Hecker. Es gab eine Zeit, wo es Verrath war in unserer deutschen Nation nicht von Einheit oder gegen dieselbe zu sprechen. Es war dies jene Zeit, wo Deutschland durch die ganze civilisirte Welt die Gesetze diktirte, jene Zeit, wo die Sonne nicht unterging in dem Reich des deutschen Kaisers. Dann gab es auch wieder eine Zeit, wo es verboten war von der Einheit zu sprechen, und dies waren die Jahre, wo Napoleon über Deutschland herrschte, und später das Jahr 1819. Alsdann kam wieder eine Zeit, wo man offiziell und von Oben von der Einheit sprach, von der man heute noch spricht, — und uns wird es deshalb vergönnt seyn, auch unsere Ideen über diese Einheit auszusprechen, die ja von allen Seiten proklamirt wurde und uns täglich in den sonderbarsten Gebilden als Einheit vorgeführt wird. Wenn der Abg. Bassermann von dieser Einheit sprach, so hat er dabei einen Hauptgesichtspunkt der Einheit, nämlich die Einheit des öffentlichen Rechts herausgehoben. Diese Einheit des öffentlichen Rechts ist kein Phantasma, so wenig es ein Phantasma war, als der

kleine Mönch von Wittenberg zum ersten Male mit seinen Sägen austrat, oder als Galiläi sein neues System über Bewegung der Weltkörper aufstellte, wofür er als Ketzer verdammt wurde.

Uebrigens füge ich diesem Wunsch noch einen andern hinzu, der wohl als weniger gefährlich erscheint, den Wunsch nämlich, es möchte der Anfang damit gemacht werden, daß eine Einheit des Privatrechts durch die ganze deutsche Nation in gemeinsamer Verabredung eingeführt wird, ein gemeinschaftliches Civilrecht und eine gemeinschaftliche Handelsgesetzgebung. Wenn die Nation nach Außen stark und selbst bei ihrer jetzigen Zerstückelung kräftig sein soll, so giebt es nur ein Mittel, welches darin besteht, die Nation einig zu machen, dadurch, daß ein und dasselbe Recht sie durchdringe. Das Recht ist die Milch der Erziehung und der gemeinschaftlichen Bildung und nur die Gemeinschaft des Rechts vereinigt in der That die Nation zu einem Einigen. In unserer verschiedenen Rechtsbildung und der Verschiedenartigkeit der Auffassung der Rechtsverhältnisse liegt es besonders, daß so verschiedene Ansichten und selbst Provinzialansichten erwachsen konnten, und daß eine Einheit nur auf dem Papier besteht, die bei dem ersten choc von Außen nur gar zu leicht über den Haufen geworfen wird. Wir bedürfen dieser Einheit, dieser rechtlichen Einheit und der gemeinschaftlichen Ansicht über unsere socialen Verhältnisse sehr. Denn betrachten wir unsern Zustand genau, so sehen wir, daß auf der linken Seite des Rheins ein Nachbar stets beutelustig zu uns herüberschaut, und daß auf der andern Seite die Macht des Panslavismus einer solchen Einheit entgegenzustreben sucht, darüber wird Niemand im Zweifel seyn. Wenn wir also in der Mitte liegen, wir, die wir immer der Schau- und Tummelplatz für Diejenigen waren, die sich auf einem Boden, der nicht der ihrige ist, erheben wollten, wenn wir ferner sehen, wie das Slaventhum von Osten hereinzubrechen droht und herüberschaut nach allen Denjenigen, die auch in andern Reichen die slavische Zunge sprechen, dann ist es nothwendig, daß wir, eben so wie eine Kriegsmacht, eine geistige Macht in das Volk legen und es zu einem Ganzen heranbilden und dieß ist durch eine gemeinschaftliche Rechtsbildung möglich.

(Schluß folgt.)

Tagesordnung auf Freitag den 19. April, Vormittags 10 Uhr.

1. Erstattung von Berichten.
2. Diskussion über den Entwurf des Strafprocesses.